

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government
am Mittwoch, **22.10.2014**, 17:05 Uhr - 19:32 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dietrich Aden (bis 19.25 Uhr), Marcus Bielefeld, Olaf Dreßen, Sven Gotthal, Jan Leiße, Stefan Leschniok, Wolfram Pott

von der SPD-Fraktion

Philipp Hagemann, Marius Herwig, Dr. Cornelia Jäger (ab 17.40 Uhr), Gabriele Kubig-Steltig (abwesend von 17.40 Uhr - 18.15 Uhr), Thomas Marquardt (bis 18.20 Uhr), Maria Winkel

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksch, Theodor Knetzger, Raimund Köhn, Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jörg Berens

von der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel (abwesend von 17.20 Uhr - 18.35 Uhr)

von der Fraktion PIRATEN/ÖDP

Peter Hemecker

von der Verwaltung

Benno Fritzen (zu TOP 3), Wolfgang Heuer, Monika Hochwald (zu TOP 3), Udo Köster, Jürgen Kupferschmidt (zu TOP 3), Jochen Lüken, Stefan Schoenfelder (zu TOP 3), Martin Schulze-Werner, Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlte/n:

Georg Berding , Gilbert Hartmann , Gerd Kersting

Gäste:

Roland Böhm, Taxi-Zentrale e.G.
Wolfgang Michels, Taxi-Ruf-Münster

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|-------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. | Kurzvorstellung der Ämter / Einrichtungen in der Zuständigkeit des APOSOE |
| | 4. | Antrag der CDU-Fraktion "Breitbandkoordinatoren einrichten" |
| <u>V/0560/2014</u>
I | 5. | Taxientgelte |
| <u>V/0638/2014</u>
II | 6. | Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel |
| <u>V/0647/2014</u>
IV | 7. | Villa Interim
Verstetigung des Angebotes für einen außerschulischen Lernort |
| <u>V/0683/2014</u>
IV | 8. | Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung - befristete Fortsetzung des Angebotes |
| <u>V/0732/2014</u>
I | 9. | Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einrichtung eines Einheitlichen Ansprechpartners im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie |
| <u>V/0487/2014</u>
I | 10. | Programm für Chancengleichheit - Bericht zum Frauenförderplan 2010 - 2012 (inkl. 2013) und Frauenförderplan 2014 - 2016 |
| <u>V/0487/2014/1</u>
I | 10.1. | Programm für Chancengleichheit - Bericht zum Frauenförderplan 2010 - 2012 (inkl. 2013) und Frauenförderplan 2014 - 2016 |
| <u>V/0673/2014</u>
I | 11. | Bericht über die Re-Auditierung der Stadtverwaltung Münster mit dem Label "audit berufundfamilie" |
| | 12. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Es waren keine zu verpflichtenden Mitglieder anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Willamowski teilte mit, dass es in letzter Zeit vermehrt Anfragen aus den Fraktionen zum Stellenplan gäbe. Die schriftlichen Antworten hierzu würden regelmäßig auch den personalpolitischen Sprechern der Fraktionen in Durchschrift zur Kenntnis gegeben.

Des Weiteren teilte Herr Willamowski mit, dass aus der Wahlzeit des alten ‚APRO‘ noch eine Anfrage offen sei, wie viele Mitarbeiter/-innen die Rente mit 63 in Anspruch nehmen würden. Seinerzeit hatte die Verwaltung eine Schätzung von rd. 20 – 30 Personen vorgenommen. Nunmehr lägen hierzu verbindliche Zahlen vor. Zurzeit seien 17 Anträge in Bearbeitung. Ersatz für die ausscheidenden Mitarbeiter/-innen sei kein Problem, da die Verwaltung bei vielen bereits mit Anträgen auf Altersteilzeit gerechnet und dies in der Personalplanung berücksichtigt habe.

Punkt 3 der Tagesordnung**Kurzvorstellung der Ämter / Einrichtungen in der Zuständigkeit des APOSOE**

Der Leiter der citeq, Herr Schoenfelder, des Ordnungsamtes, Herr Schulze-Werner, des Amtes für Bürger- und Ratservice, Herr Kupferschmidt, der Feuerwehr, Herr Fritzen, des Personal- und Organisationsamtes, Herr Willamowski sowie die Leiterin des Standesamtes, Frau Hochwald stellten – überwiegend anhand einer Power-Point-Präsentation – die Strukturen, Aufgabenbereiche und Personalausstattungen ihrer jeweiligen Ämter bzw. Einrichtungen vor. Herr Heuer erklärte abschließend, dass die Zuordnung dieser Ämter zu seinem Dezernat einem in Nordrhein-Westfalen typischen Zuschnitt des Dezernates entspreche. Die sechs Ämter seien leistungsstark und sehr effizient, jedoch auch an der Grenze der Ausstattungsnotwendigkeiten tätig.

Frau Dr. Stein-Redent dankte im Namen der Ausschussmitglieder den Amtsleitern und Frau Hochwald für die interessanten Ausführungen.

Punkt 4 der Tagesordnung**Antrag der CDU-Fraktion "Breitbandkoordinatoren einrichten"**

Der Antrag der CDU-Fraktion lag den Mitgliedern des Ausschusses vor. Herr Heuer teilte dazu mit, dass der Antrag fristgerecht eingereicht und in die Tagesordnung aufgenommen worden, jedoch irrtümlicherweise nicht als Anlage mit verschickt worden sei. Diesen Fehler der Verwaltung bitte er zu entschuldigen. Herr Heuer bat die Anwesenden, den Antrag wegen der fristgerechten Vorlage durch die CDU-Fraktion anzunehmen.

Der Ausschuss erklärte sich einverstanden. Der Antrag gilt damit als eingebracht. Die Verwaltung wird hierzu zeitnah eine entsprechende Stellungnahme – gegebenenfalls in Form einer Beschlussvorlage – abgeben.

Frau Dr. Stein-Redent begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Böhm von der Taxi-Zentrale e.G. sowie Herrn Michels von Taxi-Ruf Münster. Zunächst begründete Herr Böhm ausführlich die notwendige Erhöhung der Taxitarife, die aus seiner Sicht ausschließlich durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes bedingt sei. Er ging dabei auch auf die Eilbedürftigkeit der Entscheidung ein und erläuterte, warum nun zeitnah und nicht erst im Dezember eine Entscheidung zu den Taxitarifen fallen müsse. Herr Michels bestätigte die Aussagen und gab aus seiner Sicht weitere Hinweise dazu.

Die Fraktionen stellten daraufhin ihre unterschiedlichen Sichtweisen dar. Es entstand eine intensive Diskussion, in deren Verlauf die vielen Fragen bezüglich Kostensteigerungen, Kalkulationsberechnungen, Zeitschiene und mehr von den beiden Herren beantwortet wurden. Herr Heuer gab für die Verwaltung eine Stellungnahme ab. Er bestätigte ausdrücklich die in Punkt 4 der Vorlage vorgenommene Bewertung der Anregung des Taxigewerbes.

Herr Leschniok beantragte für die CDU-Fraktion, aufgrund des noch vorhandenen Gesprächsbedarfs die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und in die nächste Ratskette aufzunehmen.

Herr Sagel von der Fraktion DIE LINKE beantragte daraufhin als Kompromisslösung, die Vorlage wegen der aus seiner Sicht nachvollziehbaren Eilbedürftigkeit in den Haupt- und Finanzausschuss bzw. den Rat zu schieben. Es sei dann jetzt noch ein Zeitfenster von ca. 10 Tagen vorhanden, in dem weitere Einzelheiten geklärt werden könnten.

Herr Heuer bestätigte die vorgegebene Zeitschiene und gab den Hinweis, dass auch der Rat – soweit in der Sitzung am 05.11. noch weiterer Beratungsbedarf vorhanden sei – die Vorlage absetzen und in der Dezembersitzung wieder aufnehmen könne. Er appellierte an die Mitglieder, diese Chance wahrzunehmen und die Vorlage ‚nur‘ zu schieben.

Zur interfraktionellen Absprache wurde daraufhin einvernehmlich eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragt. Die Vorsitzende unterbrach die öffentliche Sitzung sodann für die Zeit von 18.50 Uhr – 19.00 Uhr.

Bei Wiedereinstieg in die Sitzung beantragte Frau Kubig-Steltig nach Absprache mit weiteren Fraktionen, die Vorlage in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben. Dieser Antrag entsprach inhaltlich dem zuvor gestellten Antrag von Herrn Sagel. Nachdem Herr Leschniok seinen Antrag zurück gezogen hatte, ließ die Vorsitzende über den von Frau Kubig-Steltig und Herrn Sagel gestellten Antrag abstimmen.

Einvernehmlich beschloss der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Die Verwaltung wurde gebeten, ergänzende Informationen insbesondere zu den Kalkulationsberechnungen etc. aufzubereiten und den Fraktionen zeitnah zu übersenden. Herr Heuer sagte dies zu.

Frau Dr. Stein-Redent bedankte sich anschließend bei den Herren Böhm und Michels für die Ausführungen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0638/2014**

Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel

Herr Heuer beantwortete eine Frage aus dem Ausschuss zur Vorlage. Die Beratung der Vorlage wurde – wie zu Beginn der Sitzung angekündigt – **vertagt**.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0647/2014**

**Villa Interim
Verstetigung des Angebotes für einen außerschulischen Lernort**

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Bericht über die Arbeit der Villa Interim zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der Bezirksregierung Münster auf eine Verstetigung und Absicherung der Villa Interim als außerschulischen Lernort hinzuwirken.
3. Zur personellen Absicherung beschließt der Rat
 - die Aufhebung des kw-Vermerks (30.11.2014) an 1,00 EGr. S 12 für eine/n Diplomsozialarbeiter/-in / Diplompädagogen/-in im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien zur dauerhaften Betreuung der maximal 12 Schülerinnen und Schüler,
 - die Absicherung der schulpsychologischen Begleitung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler durch Aufstockung einer Schulpsychologenstelle um 10 Wochenstunden ab dem 01.01.2015 (0,26 EGr. 13).

II. Kosten / Folgekosten

Die laufenden Aufwendungen für die Ausstattung mit Lehrmitteln, Bereitstellung der entsprechenden Medien (MEP), Telefon, Schülerfahrkosten sowie Projektmittel für ergänzende pädagogische Maßnahmen sind aus laufenden Mitteln der Produktgruppe 0302 finanziert.

Die Aufwendungen für die personelle Ausstattung (Beschlusspunkt 3) sind wie folgt in den Teilergebnisplänen nachstehender Produktgruppen bereitzustellen:

Produktgruppe 0301: „Leistungen für Schulen“

Aufwendungen				
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung		Betrag	Bemerkung
11	Personalaufwendungen		2015 ff: 21.560 €	Der Eckwert für die Personalaufwendungen erhöht sich entsprechend
Aufwendungen gesamt			21.560 €	

Produktgruppe 0603: „Förderung von benachteiligten jungen Menschen“

Aufwendungen				
Zeile im Teil- ergebnisplan	Bezeichnung		Betrag	Bemerkung
11	Personalauf- wendungen		2015 ff: 56.820 €	Der Eckwert für die Personalaufwen- dungen erhöht sich entsprechend
Aufwendungen gesamt			56.820 €	
Zuschussbedarf			78.380 €	

Die Verwaltung wird entsprechende Veränderungsblätter in die Etatberatungen einbringen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0683/2014

Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwer- punkt Lernen und emotionale und soziale Entwick- lung - befristete Fortsetzung des Angebotes

Den Mitgliedern lag der Beratungsverlauf zur Vorlage mit dem geänderten Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vor. Herr Köhn, Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL gab einige Hinweise zur Beratung dort und erläuterte die Änderung in der Vorlage. Herr Berens von der FDP-Fraktion, der ebenfalls an der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung teilgenommen hatte, gab aus seiner Sicht eine Stellungnahme dazu ab.

Herr Leschniok begründete für die CDU-Fraktion, warum seine Fraktion der Änderung so nicht zustimmen könne, die Vorlage an sich jedoch beschließen wolle und beantragte daher, zunächst über die Einzelpunkte der geänderten Vorlage abzustimmen.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Punkte 1, 2 und 3 des Beschlussvorschlages zu empfehlen.

Er beschloss sodann mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE sowie Piraten/ÖDP gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des geänderten Punktes 4 des Beschlussvorschlages der Vorlage zu empfehlen.

Die Gesamtabstimmung über die so geänderte Vorlage brachte folgendes Ergebnis:

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten** Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

- 1) Der Rat nimmt die Auswertung und Wirkung des Konzeptes „Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“ zur Kenntnis.
- 2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien setzt das bestehende Angebot der „Jugendhilfe an den Förderschulen“ an der Uppenbergschule mit den Teilstandorten in

Hiltrup, Roxel und Kinderhaus sowie der Albert-Schweitzer-Schule befristet, zunächst bis zum 31.12.2017, fort.

- 3) An den genannten Förderschulen bzw. Teilstandorten werden die zur Zeit bis zum 31.12.2014 befristeten vier 0,5 Stellen in der Produktgruppe 0603 für pädagogische Fachkräfte mit organisatorischer Anbindung an das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien weitergeführt.
- 4) **Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuausrichtung des Angebotes „Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“ konzeptionell zu aktualisieren und an die aktuelle und zu erwartende Entwicklung der SchülerInnenzahlen an den Förderschulen im Zuge der Inklusion anzupassen. Hierbei ist insbesondere ein Konzept zu entwickeln, wie die Angebote der Jugendhilfe künftig dem zu erwartenden veränderten Anmeldeverhalten entsprechend an Regelschulen verlagert werden können.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2015 - 2017	112.570 pro Jahr	Veränderung zum HH- Entwurf 2015
Deckung:					
Produktgruppe	0605	Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2015 – 2017	- 112.570 pro Jahr	Veränderung zum HH- Entwurf 2015

Die Folgelastenberechnung wird zur Kenntnis genommen.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen werden im Haushaltsplan 2015, Ergebnis- und Finanzplanung 2014 - 2018 bei der o. g. Produktgruppe über Veränderungsblätter zum Haushaltsplanentwurf zur Verfügung gestellt. Die Veränderung erfolgt ergebnisneutral durch Mittelumschichtung innerhalb des Gesamtbudgets des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0732/2014

Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einrichtung eines Einheitlichen Ansprechpartners im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die bislang vom Kreis Warendorf für die Stadt Münster wahrgenommene Aufgabe des Einheitlichen Ansprechpartners übernimmt ab dem 01.01.2015 der Kreis Steinfurt. Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage beigefügte Änderungsvereinbarung, ggf. mit redaktionellen Änderungen, abzuschließen.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0487/2014	Programm für Chancengleichheit - Bericht zum Frauenförderplan 2010 - 2012 (inkl. 2013) und Frauenförderplan 2014 - 2016
--	--

Punkt 10.1 der Tagesordnung V/0487/2014/1	Programm für Chancengleichheit - Bericht zum Frauenförderplan 2010 - 2012 (inkl. 2013) und Frauenförderplan 2014 - 2016
--	--

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages (Ergänzungsvorlage) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht zum Frauenförderplan 2010 -2012 (inkl. 2013), (s. Anlage **der Hauptvorlage** Teil A), wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Frauenförderplan 2014 - 2016 (siehe Anlage **der Hauptvorlage** Teil B) wird **unter Berücksichtigung des gemeinsamen Änderungsantrags der Ratsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 23.09.2014 (siehe Anlage 1) mit folgenden Ergänzungen bzw. Änderungen** beschlossen:
 - 2.1 **Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Gleichstellung und dem Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government spätestens bis zum Ende des ersten Quartal 2015 über Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, aus Modellprojekten anderer Städte und des LWL berichten. Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung einen Vorschlag zur möglichen Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens erarbeiten und aufzeigen, welche technischen und personellen Anforderungen hierfür erforderlich sind.**
 - 2.2 **Die Stadt Münster wird eine Ausbildung in Teilzeit in den Bereichen aktiv anbieten, in denen grundsätzlich die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung besteht. Zudem erfolgt auf Wunsch oder bei Bedarf ein Mentoring oder eine (sozialpädagogische) Begleitung der/des Auszubildenden in Teilzeit durch die Ausbildungsleitung, die betriebliche Sozialberatung und/oder die Fachstelle Personalentwicklung.**

Bei der Ausschreibung von Ausbildungsstellen in der Presse und im Internet bzw. Intranet wird mit folgendem Text auf die Möglichkeiten einer Ausbildung in Teilzeit hingewiesen:

„Fragen zu Ausbildungsinhalten oder auch zu Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit beantwortet Ihnen gerne Ulrike Moellenhoff, Tel. 0251/492-1103, E-Mail: Ausbildung@stadt-muenster.de“

- 2.3 ~~...Eine ausgewogene Beteiligung der Geschlechter wird dabei angestrebt. Die Verwaltung wirkt durch eine gezielte Ansprache darauf hin, dass sich insbesondere Frauen für das Qualifizierungsprogramm „In Zukunft führen“ bewerben.~~
- 2.4 **Zur Erhöhung der Transparenz wird im nächsten Frauenförderplan (2017 ff.) zu jedem Amt (alternativ zu jedem Dezernat) eine Analyse der Beschäftigtenstruktur ausgewiesen. Dabei werden die absoluten und relativen Anteile von weiblichen und männlichen Mitarbeitern dargestellt. Weiterhin wird das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente ausgewiesen. Bei der Darstellung der Durchschnittsgehälter ist eine Aggregationsebene zu finden, die den datenschutzrechtlichen Bestimmungen genügt.**
- 2.5 **Die Änderungsvorschläge aus dem gemeinsamen Änderungsantrags der Ratsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 23.09.2014 mit den Ziffern 4.2.2.1 Führungsnachwuchsförderung, zweiter und dritter Absatz, 4.2.2.2 Rückkehrkonzept, 4.2.2.6 Frauen in der Feuerwehr und 4.2.2.9 städtische Gesellschaften werden in den Frauenförderplan 2014 – 2016 übernommen.**

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0673/2014**

Bericht über die Re-Auditierung der Stadtverwaltung Münster mit dem Label "audit berufundfamilie"

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Schulze-Werner gab einen ausführlichen Sachstand zur Situation und den Irritationen in Bezug auf die Vergabe der Standplätze auf dem Weihnachtsmarkt. Um eine absolute Rechtssicherheit in dem Verfahren zu erreichen, würden die Vergaberichtlinien nun zum nächsten Jahr überarbeitet und neu gefasst. Dennoch seien auch dann weitere Klageverfahren nicht auszuschließen. Herr Schulze-Werner beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss dazu.

Herr Joks bat um Auskunft zu folgendem Sachverhalt: Ein Marktbesucher habe ihn angesprochen, dass aufgrund des im nächsten Jahr erneut stattfindenden Stadtfestes ein Markttag gestrichen werden solle. Ein Ab- und Wiederaufbau der Bühne auf dem Domplatz sei – aus Kostengründen – nicht realisierbar. Herr Schulze-Werner gab dazu erläuternde Hinweise und verwies dabei auf die von der Politik beschlossene Marktsatzung. Nach kurzer Diskussion zum Thema erklärte Herr Heuer, die Verwaltung werde den Mitgliedern einen gegebenenfalls neuen Sachstand zeitnah mitteilen.

Dr. Rita Stein-Redent
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung